

Nr. 20/2013

24. Mai 2013

DGB-Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Umverteilen schafft Gerechtigkeit

Die Zeiten ändern sich. Auch in Deutschland. Einst erntete die FDP mit Parolen für Steuersenkungen und Attacken gegen den Mindestlohn traumhafte Ergebnisse. Damit könnte sie heute keinen Blumentopf gewinnen. Gut so! Inzwischen befürworten über 90 Prozent der Deutschen einen gesetzlichen Mindestlohn. Unter 8,50 Euro pro Stunde geht es nicht mehr. Auch die Wahrnehmung der Steuerpolitik hat sich sehr verändert. Immer mehr Menschen erkennen die Folgen von Steuergeschenken für Reiche: Hohe Verschuldung, Straßen mit Schlaglöchern, stinkende Schulklos, Schließung von Schwimmhallen, gestresste Lehrer.

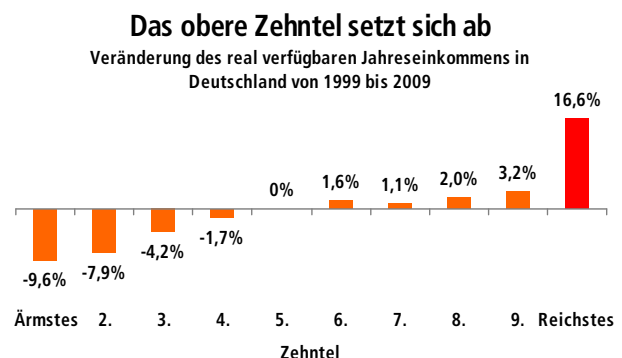
Ob die Wirtschaft wächst oder nicht – es fehlt an Gerechtigkeit. Die Umverteilung von unten nach oben hat unsere Gesellschaft tief gespalten und die Menschen wollen das nicht mehr hinnehmen. Entsprechend haben alle Oppositionsparteien Steuerkonzepte vorgelegt, die eine Rückverteilung von oben nach unten beinhalten.

Die Vertreter der Großverdiener scheinen in der Defensive zu sein. Wo es geht versuchen sie, die Pläne für mehr Gerechtigkeit schlecht zu reden. Sie malen „Milliardenbelastungen“ an die Wand und behaupten frech, die Menschen lehnten die Pläne ab. Dumm nur, dass jetzt ausgerechnet eine Studie im Auftrag der arbeitgebernahen, neoliberalen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) nachweist, dass 90 Prozent der Bevölkerung durch die Oppositionspläne sogar steuerlich entlastet und maximal das obere Zehntel draufzahlen würden.

Das konservative Allensbach Institut ermittelte jüngst, dass 70 Prozent der Deutschen eine Gerechtigkeitslücke sehen. Nach einer Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbands begrüßen 77 Prozent der Deutschen höhere Steuern für Gutverdiener, um Bildungs- und

Sozialausgaben zu finanzieren. Und während das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) stumpfsinnig behauptet, in Deutschland gehe es immer gerechter zu und das auch noch damit begründet, dass immer mehr Menschen auf magere Unterstützung vom Staat angewiesen sind, hat die OECD schon 2011 festgestellt, dass der Umverteilungseffekt von Steuern und Abgaben hierzulande seit 2000 um 4 Prozent abnahm. Auch die Lohnschere zwischen den obersten und den untersten 10 Prozent ging in Deutschland stärker als in den meisten OECD-Ländern auseinander – um ein Fünftel. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt fest, dass das Jahreseinkommen oben um 16,6 Prozent wuchs, während unten fast 10 Prozent verloren gingen (siehe Grafik).

Die Interessenvertreter der Superreichen können die Gerechtigkeitslücke in Deutschland nicht klein reden: Es besteht Umverteilungsbedarf! Wir brauchen nicht nur eine gerechte Entlohnung der Arbeit und einen Mindestlohn von 8,50 Euro statt eines Niedriglohnsektors. Wir brauchen auch eine gerechtere Umverteilung durch einen deutlich höheren Spitzensteuersatz, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine ernst zu nehmende Besteuerung großer Erbschaften.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2011